

## Im Rahmen des Projektes

### „Altersarmut und soziale Gerechtigkeit im Kontext der Rentenreformen“,

welches 2014/15 in der Stadt Dresden von der ÖAD in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung – Regionalbüro Dresden, der Ev. Akademie Meißen, dem Ökumenischen Informationszentrum Dresden und dem Ev.-Luth. Kirchspiel Dresden-Neustadt durchgeführt wird, fanden von März bis Mai in vier Kirchgemeinden Gesprächsabende statt unter dem Motto:

### „Altersarmut – Mut zu altern? – Mut zum Alter!“

Mit den Gesprächsabenden wurde der 1. Teil des Projektes umgesetzt.

Wir veröffentlichen nachstehend den Gesamtbericht über Verlauf und Ergebnisse der Gesprächsabende.

### Verantwortung Leben – Zukunft gestalten

### Ökumenische Aktionsgruppe Dresden

Eine Initiative für Werte und Normen in der Gesellschaft -



# „Altersarmut – Mut zu altern? Mut zum Alter!“

## Gesprächsabende 2014 in Dresdner Kirchgemeinden – Gesamtbericht

---

Jeder 33. Rentner ist heute auf Sozialhilfe angewiesen. Ohne Reformen des bestehenden Rentensystems wird bereits in neun Jahren jeder zehnte davon betroffen sein. Dies geht aus dem Rentenreport für Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2014 hervor. Im Jahr 2030 wird nur derjenige eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus erreichen, der während einer 40-jährigen Erwerbsbiografie mehr als 2.500 € Brutto verdient hat<sup>1</sup>. Ursache dafür ist die planmäßige Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Renten nach der Gesetzesreform aus dem Jahr 2001. Damit werden viele Menschen um die Früchte ihrer Lebensleistung gebracht.

Die „Ökumenische Aktionsgruppe Dresden“ (ÖAD), eine Initiative für Werte und Normen in der Gesellschaft, gibt sich mit der verhängnisvollen gesellschaftlichen Perspektive nicht ab. „Im Wissen um die Verantwortung gegenüber den uns nachfolgenden Generationen, unseren Kindern und Enkeln, gilt es, in der Gesellschaft ein nachhaltiges Bewusstsein zu entwickeln, mit dem wir beginnen,

---

<sup>1</sup> Quelle: Bundesarbeitsministerium

die Zukunft bereits in der Gegenwart zu gestalten.“, heißt es auf der Internetseite der Bürgerinitiative.

In einem mehrjährigen Projekt widmet sie sich dem Problem des politisch einkalkulierten Anstiegs von Altersarmut. Mit ihren Maßnahmen will sie

1. die Bevölkerung für die Problemstellung sensibilisieren,
2. Bürgerinnen und Bürger zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte motivieren und
3. Forderungen der Bevölkerung an politische Entscheidungsträger herantragen.

In einem ersten Schritt hat die Aktionsgruppe vier Gesprächsabende in zwei evangelischen, einer katholischen und in der Katholischen und Evangelischen Studentengemeinde (als gemeinsame Veranstaltung) in Dresden durchgeführt.

Ca. 90 Gemeindeglieder wurden damit insgesamt erreicht. Fast 80 % der Besucher waren – bedingt durch die hohe Beteiligung der Studenten – junge Menschen im Alter von durchschnittlich 30 Jahren.

Die Gruppe der 50-jährigen, die 2030 gerade das Rentenalter erreicht haben wird, fehlte fast vollständig. An zwei Gesprächsabenden haben sich die Pfarrer durchgehend beteiligt. Dazu muss gesagt werden, dass jedem Gesprächsabend ein Besuch von Vertretern der ÖAD bei dem zuständigen Gemeindepfarrer voran ging. In diesen Treffen wie auch in den Texten für die Gemeindebriefe wurde das Thema des Abends („Altersarmut – Mut zu altern? Mut zum Alter!“) in seiner politischen Dimension dargestellt. Die Werbung erfolgte über die Ankündigung in den Gemeindebriefen, über Plakate in Gemeindefreischaukästen, Handzettel in den Auslagen der Gemeindehäuser und die Abkündigung des Angebotes in dem jeweils direkt vor dem Termin liegenden Sonntagsgottesdienst.

Das Ziel der Abende war es,

1. den Gästen die bereits heute breit gefächerte Betroffenheit der Bevölkerung und die Brisanz der zu erwartenden Entwicklung bewusst zu machen,
2. den im Kontext zur christlichen Botschaft resultierenden Auftrag aufzuzeigen,
3. die Befindlichkeiten, Erfahrungen und Meinungen der Gäste aufzunehmen und
4. ein Mandat für weitere Aktionen einzuholen, um der Gefahr der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten entgegenzuwirken.

Die Veranstalter der Abende sind keine Experten auf dem Gebiet des Rentenrechts und der Politik. Der fachliche Einstieg in das Thema erfolgte durch Daten und Fakten aus der Fachliteratur in Form von Power-Point-Präsentationen. Eine Podiumsdiskussion mit drei Personen, die ihre unterschiedliche Betroffenheit zum Thema „Altersarmut – Mut zu altern? Mut zum Alter!“ zum Ausdruck brachten, vermittelte Lebensbezug. Im Podium saßen stellvertretend für soziale Gruppen der Gesellschaft ein junger Arbeitnehmer, eine 55-jährige allein stehende Mutter zweier nunmehr erwachsener Kinder und ein 67-jähriger noch im Beruf stehender Gewerbetreibender. Alle drei hatten das Abitur abgelegt und eine Ausbildung erfolgreich absolviert. Dennoch war „Altersarmut“ vor allem für die beiden älteren Podiumsteilnehmer eine sie unmittelbar betreffende Problematik.

Nach dem zweiteiligen Einstieg (Vermittlung von Faktenwissen und Betroffenheit) kamen die Gäste des Gesprächsabends zu Wort. Sie suchten gemeinsam nach den Ursachen der tendenziell

wachsenden Altersarmut. Die im Gespräch thesenartig formulierten Gründe wurden an einer Pinnwand festgehalten.

Während des ersten Gemeindeabends ergänzte die ÖAD die von den Gästen benannten Ursachen durch 13 zusätzliche Thesen. In den drei Folgeveranstaltungen wurden nach der jeweils eigenen Ursachensuche die in den vorangegangenen Gemeindeabenden gefundenen, weiteren möglichen Gründen für den Anstieg der Altersarmut benannt. Im Ergebnis der vierten Veranstaltung war dadurch eine Liste von 34 Aspekten, die nach Meinung der Gäste der Gesprächsabende mehr oder weniger die Entwicklung von Altersarmut begünstigen, entstanden (siehe Anlage 1).

Im Verlauf der Diskussion hinterfragte die Gruppe die Auflistungen der benannten Ursachen und verwarf einige davon wieder. Schließlich wurde in jeder Gemeinde auf jeweils unterschiedliche Art eine Rangordnung der folgenreichsten Ursachen festgelegt. Die unterschiedliche Methodik lässt keinen genauen quantitativen Vergleich dieser Meinungsäußerungen zu. Dennoch gab es in den verschiedenen Gemeinden viel Konsens und verallgemeinerungsfähige Ergebnisse:

Als eindeutige Hauptursache für die wachsende Altersarmut benannten die Gäste aller vier Gesprächsabende die Rentenreform aus dem Jahr 2001 und die damit festgelegte planmäßige Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rente. Der Anstieg des Niedriglohnssektors stand an zweiter Stelle. Fast ebenso entscheidend empfanden die Teilnehmer der Gespräche die Möglichkeiten verschiedener Berufsgruppen, sich aufgrund eigener Versorgungswerke aus der Einzahlung in die gesetzliche Rentenkasse herauszunehmen. An vierter Stelle benannten die Gemeinden die vielen rentenbeitragsgeminderten oder –freien Beschäftigungsmöglichkeiten (Bspw. Honorarverträge und Minijobs). Drei Gesprächsgruppen zählten auch die Beitragsbemessungsgrenze für Schwerverdiener zu den Hauptursachen für Altersarmut. Bei zwei Gesprächsabenden wurde die zu niedrige Geburtenrate als Grund für die ansteigende Altersarmut angegeben. Die Gäste der Studentengemeinden und einer evangelischen Gemeinde sahen in der Propagierung der privaten Altersvorsorge auf Kosten der gesetzlichen Rentenversicherung eine eindeutige Hauptursache. Die fehlende Anrechnung der Studienzeiten sowie Brüche in der Erwerbsbiografie (und ein damit verbundener Abstieg in der Lohn- oder Gehaltseinstufung) wurden in zwei Gemeinden als wesentlicher Einflussfaktor gesehen.

Durch die tiefere Auseinandersetzung mit den komplexen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zusammenhängen der Absicherung von Altersvorsorgeleistungen geriet im Laufe der Diskussion die Demografie-Frage als Ursache für die zu erwartende Altersarmut eher in den Hintergrund.

Leider reichte nach der umfassenden Einführung und Ursachendiskussion beim ersten Gesprächsabend die Zeit nicht, um mit den Gästen nach Alternativvorschlägen zum gegenwärtigen Rentensystem zu suchen. Für die nachfolgenden Abende wurden deshalb die ersten Programm- und Gesprächseinheiten so bemessen, dass für eine kreative Ideenfindung Zeit blieb. Fast 30, z.T. auch konträre Vorschläge wurden für die Renten- und Sozialpolitik zusammengetragen (siehe Anlage 2). Sie orientierten sich deutlich an den für die perspektivisch ansteigende Altersarmut erkannten Ursachen. Die große Mehrheit war sich darüber einig, dass die gesetzliche Rente wieder gestärkt und ihren früheren Stellenwert erhalten muss. Die Politiker sollten aber auch für bessere Rahmenbedingungen für ein gelingendes Leben während der Schaffensphase von Menschen sorgen. Damit waren die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Bildung gemeint oder

auch die Absicherung, dass Menschen von ihrer Arbeit leben und Rentenbeiträge zahlen können. Beitragsbemessungsgrenzen für Schwerverdiener oder Versorgungswerke für privilegierte Berufsgruppen sollten zugunsten der gesetzlichen Rentenkassen abgeschafft werden. In Hinblick auf die staatliche Förderung privater Versicherungen stand die Forderung nach einer von Wirtschaftsunternehmen unbeeinflussten Politik.

Deutlich schwieriger als die Frage, was Politik tun müsse, gestaltete sich die Suche nach den Möglichkeiten, wie Bürgerinnen und Bürger ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und Einfluss auf Entscheidungsträger nehmen können. Die Gäste der Gemeindeabende unterbreiteten beispielhaft folgende Vorschläge:

- Die Menschen sollten durch unterschiedlichste Veranstaltungen aus ihrer Ahnungslosigkeit „wachgerüttelt“,
- Regierungen durch Demonstrationen und Petitionen auf den Volkswillen aufmerksam gemacht und
- gemeinsam mit Fachkräften sollte ein Maßnahmenkatalog erarbeitet und an die Entscheidungsträger übergeben werden.

Der Gemeindeabend „Altersarmut – Mut zu altern? Mut zum Alter!“ stand als Auftakt für einen weiterführenden Prozess, zu dem jeder etwas beitragen könne und müsse. Dies wurde von der Moderatorin als abschließende Ermutigung formuliert. Wenn wir Trost und Dankbarkeit spüren, dass der HERR für uns sorgt, so müssen auch wir für unseren Nächsten sorgen.

Zwei Gesprächsabende endeten mit einer Schlussbetrachtung über den Stellenwert alter Menschen und deren Würde aus dem Blickwinkel der Bibel. In den weiteren beiden Abenden musste dieser Vortrag aus Zeitgründen leider ausbleiben.

Die Rückmeldungen nach Abschluss der Veranstaltungen waren durchweg positiv. Sie hätte einen vorher nicht gekannten Einblick in die Zusammenhänge und Folgen der Rentenpolitik gegeben. Es sei – durch die abwechslungsreiche Methodik – trotz der Zeitdauer von über zwei Stunden zu keiner Minute langweilig gewesen, äußerten viele Gäste und führten die Diskussion am thematisch ausgestalteten Büchertisch weiter.

#### **FAZIT:**

Die von den Veranstaltern gesetzte Zielstellung der Sensibilisierung für die Problematik, des Erfassens der Stimmungslage der Bevölkerung und des Einholen eines Mandats für weiterführende Aktionen, wurde gegenüber den Teilnehmern der Abende erreicht.

Über die Stimmungslage in der Bevölkerung gaben aber auch die geringen Teilnehmerzahlen der Gesprächsabende eine Aussage. Die Besucherzahlen waren – mit Ausnahme des Abends für die Studentengemeinden – insgesamt äußerst gering. Man könnte vermuten, dass die Mehrheit der Bevölkerung davon ausgeht, Altersarmut werde in ihrem persönlichen Umfeld nicht eintreten bzw. die sozialstaatliche Absicherung werde ihnen immer ein Altern in Würde ermöglichen.

In der öffentlichen Meinung haben sich desweiteren Ansichten manifestiert, die von Politik und den Medien nunmehr über Jahre vermittelt werden. So wird die gesetzmäßige Absenkung des Rentenniveaus aufgrund der demografischen Entwicklung vielfach als „alternativlos“ dargestellt. Privatpersonen treffen für sich oft mit großem Kräfteaufwand persönliche Maßnahmen zur gegenwärtigen Existenzsicherung der Familie sowie zur Altersvorsorge.

Die Gäste der Gesprächsabende stellten sich sehr tiefgreifend dem Thema und gingen innerlich bewegt auseinander. Ihre Gesprächsbeiträge verdeutlichten den Veranstaltern immer stärker die Komplexität des Themas. Es ist davon auszugehen, dass die Gesprächsteilnehmer für sich und in ihrem Bekanntenkreis nach neuen Antworten auf rentenpolitische Fragen suchen und künftig auch die öffentliche Meinung hinterfragen. Diese Erfahrung gab den Abenden trotz der geringen Besucherzahlen einen nachhaltigen Sinn.

Dennoch sollte künftig über neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit nachgedacht werden. Die Wirkung der während der Abende vorgeschlagenen Aktionen - wie beispielsweise Petitionen und Demonstrationen - wird maßgeblich von der Beteiligung der Bevölkerung abhängen.

Die Angst vor Altersarmut gepaart mit dem Wissen, dass diese Angst aufgrund der bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht unbegründet ist, ist ebenso Triebkraft zum Handeln wie das Evangelium, das uns zum anwaltlichen Handeln für Arme und Schwache in der Gesellschaft verpflichtet.

Eine Antwort auf die vielen angesprochenen Fragen der Gesprächsabende wird eine Veranstaltung am „Internationalen Tag gegen Armut und Ausgrenzung“ in der Martin-Luther-Kirche Dresden-Neustadt am 17.10.2014 geben. Dort wird im Anschluss an einen thematischen Abendgottesdienst im Gemeindehaus, Martin-Lutherplatz 5, ein Expertenreferat zu rentenpolitischen Fragen zu hören sein, selbstverständlich mit anschließender Diskussionsmöglichkeit.

Dresden im Juli 2014

gez.: Angelika Frauendorf, Lenkungskreis der ÖAD, Moderatorin der Gemeindeabende

David Marschner, Lenkungskreis der ÖAD, Protokollant der Gemeindeabende

## Anlage 1

### „Altersarmut – Mut zu altern? Mut zum Alter!“

### Gesprächsabende 2014 in Dresdner Kirchengemeinden – Gesamtbericht

---

## **Ursachen, die möglicherweise die Entwicklung von Altersarmut begünstigen**

(Zusammengetragen von den Teilnehmern der Gesprächsabende 2014 in Dresdner Kirchengemeinden)

1. Planmäßige Absenkung des Rentenniveaus
2. Anstieg des Niedriglohnssektors
3. Ruhestandskassen und berufsständische Versorgungswerke
4. Zu viele beitragsgeminderte oder -freie Beschäftigungsmöglichkeiten
5. Beitragsbemessungsgrenze für Schwerverdiener
6. Zu niedrige Geburtenraten

7. Die Propagierung der privaten Altersvorsorge / falsche Beratung in Blick auf Privatvorsorge
8. Neoliberalismus
9. Fehlende Anrechnung von Studienzeiten
10. Brüche in der Berufsbiografie trotz guter Voraussetzungen
11. Verstrickung von Politik und Wirtschaft
12. Fehlinformationen gegenüber Entscheidungsträgern
13. Deckelung des Arbeitgeberanteils
14. Zu lange Ausbildungszeiten und Wartezeiten für Berufseinstieg
15. Fehlende Beitragszahlungen von Hartz IV-Empfängern
16. Versagen des Bildungssystems
17. Mangelnde Familienförderung
18. Schwächung der Familienstrukturen (Zerrissenheit)
19. Zu hohes Renteneintrittsalter
20. Anstieg der Anzahl der Rentenbezieher aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung
21. Mindestbeitragssatz für Selbstständige
22. Zu niedrig angesetzte Rentenversicherungsbeitragssätze
23. Nutzung der Rentenkasse für artfremde Leistungen
24. Zu wenig private Altersvorsorge
25. Zu geringe Anrechnung gesellschaftlich nützlicher Tätigkeiten
26. Fehlende Verlässlichkeit / Planbarkeit der Berufslaufbahn
27. Kein Vertrauen in den Staat
28. Zu hoher Lebensstandard – zu hohe Ansprüche
29. Kurzfristiges statt nachhaltiges Denken
30. Keine Flexibilität im persönlichen Vorsorgeverhalten
31. Zwangsteilzeit
32. Trainingsmaßnahmen vom Arbeitsamt
33. Abwanderung von Einzahlern
34. Fehlende Einwanderung

## Anlage 2

### „Altersarmut – Mut zu altern? Mut zum Alter!“

Gesprächsabende 2014 in Dresdner Kirchgemeinden – Gesamtbericht

---

### **Maßnahmen, die möglicherweise die Entwicklung von Altersarmut verringern könnten**

(Zusammengetragen von den Teilnehmern der Gesprächsabende 2014 in Dresdner Kirchgemeinden)

1. Lebensplanung – Zuwanderung: Demografische Entwicklung beeinflussen
2. Familienfreundliche Politik
3. Unabhängigkeit zur Wirtschaft herstellen
4. Eine Rentenkasse für alle

5. Beitragsbemessungsgrenze für Schwerverdiener abschaffen bzw. erhöhen
6. Beitragssatz abhängig vom Einkommen (Progression für Besserverdienende)
7. Auch Selbstständige automatisch in die gesetzliche Rente mit einbeziehen
8. Mehr Möglichkeiten schaffen, um Rentenpunkte zu sammeln (auch bei Kurzzeitjobs etc.)
9. Renteneintrittsalter sinnvoll erhöhen (z.B.: Dachdecker: Körperl. Voraussetzungen beachten; nach langen Ausbildungszeiten kann freiwillig auch länger gearbeitet werden, für Geldrücklagen während der Ausbildungszeit ist jeder selbst verantwortlich)
10. Vertrauen in den Staat stärken - Bürgernähe
11. Bildungssystem verbessern
12. Reform des Rentensystems: Stoppen der planmäßigen Absenkung des Rentenniveau
13. Reform nach Schweizer Vorbild
14. Abschaffung von Ruhestandskassen zugunsten der gesetzlichen Rente
15. Komplette Privatvorsorge
16. Steuermittel in die Rentenkasse (Für Mütterrente u.a. Leistungen für Zeiten, für die kein Geld in die Rentenkasse geflossen ist).
17. Bewertung der Rentenpunkte über Volksentscheid
18. Lohn- und Gehaltserhöhungen durchsetzen / Lohnzahlungen nach Tarif / Niedriglohnsektor bekämpfen, würdige, faire Löhne
19. Rentenanrechnung für Ausbildung, Studium und Praktika
20. Betroffene von Minijobs in der öffentlichen Statistik (gleichrangig wie Arbeitslose) bewerten
21. Kontrolle der privaten Renten von staatlicher Seite
22. Subventionierung der privaten Altersvorsorge beenden
23. Arbeitgebergewinne deckeln zugunsten der Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmer
24. Gleiche Rente für gleiche Arbeitsjahre (auch für 1€-Jobber 400,-€ Minijob...)
25. Schnelle und gute Integration potentieller Rentenbeitragszahler in die Arbeitswelt
26. Rentenzahlungen für ALG 2-Empfänger
27. Rentenbeiträge auf große Vermögen (Rentensteuer)

*Der besondere Reformvorschlag der Studentengemeinden:*

Durchschnittliche Lebenserwartung senken (Tabaksteuer senken, McDonald's in Mensen)

